Bericht über die Goodwillmission nach Kuwait und Oman
vom 7. bis 13. Dezember 1979

Zweck dieser Reise war, durch eine erste offizielle Mission in die Golfstaaten die noch bestehende Lücke in den Beziehungen zum arabischen Raum zu schliessen. Die Wahl fiel auf Kuwait wegen seiner Rolle im Rahmen der OPEC und seiner Schlüsselposition bezüglich Finanztransaktionen. Kuwait ist zudem der Sitz des Kuwait Fonds, der ein ausgedehntes Hilfsprogramm für Entwicklungsländer durchführt und dessen Generaldirektor, Abdul-Latif Hamad, im Nord-Süd-Dialog eine gewichtige Rolle spielt (Mitglied der Brandt-Kommission, Mitglied des Entwicklungskomitees Weltbank/Währungsfonds etc.).

Oman wurde besucht, weil eine ausdrückliche Einladung vorlag und dieses Land wegen seiner exponierten strategischen Lage die Beziehungen zu den europäischen Ländern auszubauen sucht.

Der Zeitpunkt der Reise erwies sich insofern als günstig, weil er mit dem Höhepunkt der Irankrise (Informationsbeschaffung in der Region) und dem amerikanischen Vorstoß für eine Unterstützung der finanziellen Massnahmen gegen Iran zusammenfiel. Trotz dieser Ereignisse konnte sich auch der Exportförderungsaspekt der Reise normal und zur vollen Zufriedenheit der Mitglieder der Wirtschaftsdelegation abwickeln. Es bestätigte sich, dass die Schweiz in diesen Ländern über einen erheblichen Goodwill verfügt,
was auf verschiedene Umstände zurückzuführen sein dürfte: persönliche Bekanntschaft der meisten Minister und Geschäftsleute mit unserem Land, Kleinheit und Neutralität der Schweiz, Bedeutung und Zuverlässigkeit unseres Bankensystems, positive Erfahrungen mit Schweizer Technologie, Beratern und Referenzprojekten.

I. Kuwait

Für dieses selbstbewusste Land, das von ausländischen Besuchern überlaufen wird, konnte in letzter Minute ein ausserordentlich reichhaltiges Besprechungsprogramm zusammengestellt werden, was beweist, dass in diesem Zeitpunkt offenbar ein besonderes Interesse an einem Meinungsaustausch mit uns bestand. Vermutlich wollte Kuwait einerseits seine eigene Lagebeurteilung durch Meinungsäußerungen aus der Schweiz ergänzen, andererseits aber, und dies scheint mir besonders naheliegend, die Schweiz als Kanal zur Verbreitung seiner Ansichten in Westeuropa und gegenüber den USA benutzen.


Das Aussenministerium entsandte den für Nord-Süd-Fragen zuständigen Abteilungschef an den Empfang auf der Botschaft; dagegen kam ein Höflichkeitsbesuch beim Emir nicht zustande.
1. Erdölpolitik / Iran / Amerikanische Blockierungsmassnahmen


Cooper zeigt Verständnis für unsere neutralitätspolitischen Bedenken und die Zurückhaltung, welche sich die Schweiz wegen der für Iran übernommenen Schutzmachtfunktionen auferlegen muss. Gleichzeitig appelliert er aber an unsere Tradition der strikten Beachtung völkerrechtlicher Normen. Gerade die Schweiz könne nicht ignorieren, dass grundlegende Völkerrechtsbestimmungen über die diplomatische Immunität verletzt worden seien.

Ich erinnere an die Parallele zu den COCOM-Listen, wo die Schweiz sich seinerzeit verpflichtet hatte, angesichts
des Osthandelsembargos, dem sie sich nicht anschliessen konnte, jedenfalls kein Ersatzlieferant zu werden. Aehnlich könnte heute vorgegangen werden. Ferner habe die Schweiz ein Interesse daran, dass der Dollar nicht geschwächt werde.

Nach Rücksprache mit Präsident Leutwiler stellte ich daher Cooper in Aussicht, bei meinen Gesprächen in den Golfstaaten
- für Beibehaltung des Dollars als Transaktionswährung für das Erdöl und
- gegen eine Umlagerung der OPEC-Investitionen auf andere Währungen zu plädieren.

Mit Präsident Leutwiler wurde zudem vereinbart, dass der kuwaitischen Notenbank für den Fall eines besonders dringlichen Diversifizierungsbedarfes unter der Kontrolle der Nationalbank ähnliche Fazilitäten in Aussicht gestellt werden könnten wie für Saudi Arabien (Frankennotes).

Unsere diesbezüglichen Diskussionen in Kuwait ergaben ein unerwartetes Bild, wobei alle unsere Gesprächspartner in folgenden Punkten eine völlig übereinstimmende Meinung vertraten:
- Bestätigung der Unmöglichkeit einer Flucht aus dem Dollar und beiläufiges, aber keineswegs übertriebenes Interesse an Investitionsmöglichkeiten in der Schweiz; aber
- Vehemente Verurteilung der amerikanischen Reaktion auf die Völkerrechtsverletzungen durch Iran; und
- Defensive und eher gemässigte Haltung betreffend Erdölpreispolitik und Rolle der multinationalen Erdölgesellschaften.


Die Argumentation lautet wie folgt: Kuwait und die übrigen OPEC-Staaten produzieren mehr Oel, als für ihren eigenen Energieverbrauch und Finanzierungsbedarf erforderlich wäre, um die Weltwirtschaft ausreichend zu versorgen. Die dadurch entstehenden Devisenüberschüsse sind nicht nur der Kurserosion des Dollars und der Inflation, sondern auch willkürlichen Blockierungsmassnahmen ausgesetzt.

Mein Hinweis auf die katastrophalen Folgen einer künstlichen Erdölverknappung für die Weltwirtschaft und dadurch ermutigte zusätzliche Preistreiberei wird mit dem Argumen beantwortet, dass dem kuwaitischen Volk das Opfer eines beschleunigten Abbaus seiner einzigen Rohstoffreserve nicht länger zugemutet werden könne; oder, wie unsere gemässigteren Gesprächspartner zugeben: das iranische und nun auch das saudiarabische Beispiel zeigen, dass ein forciert Entwicklungs- und Industrialisierungs- rhythmus gefährliche innenpolitische Spannungen schafft. Wird dieser Rhythmus auf das "Verdaubare" reduziert, dauert der Übergang zu einer nach Erschöpfung der Erdölvorräte selbsttragenden Wirtschaft entsprechend länger, so dass diese Frist für das Erdölzeitalter durch hausförsterische Ausbeutung zusätzlich erstreckt werden muss. Auch würden zu hohe Devisenüberschüsse die Erwartungen der eigenen Bevölkerung auf Existenzverbesserung derselben erhöhen, dass sie nicht mehr befriedigt werden könnten.

Bezüglich Erdölpreispolitik wird eine jährliche Realerhöhung von 3 bis 5% als angemessen bezeichnet und unter Hinweis auf die sprunghafte Steigerung des Goldpreises als zurückhaltend und verantwortungsbewusst angesehen. Kuwait hat nicht die Ambition, für die Vermarktung seines Erdöls die weltweiten Investitionen der internationalen Gesellschaften zu duplizieren. Unabhängige Importeure
würden jedoch gerne beliefert, und es würde hiefür keiner zwischenstaatlichen Vereinbarungen bedürfen. Allerdings müsste "in der momentanen Konstellation" der Rotterdamer Preis zur Anwendung gelangen. Er stelle das Premium für die erhöhte Versorgungssicherheit durch langfristige Verträge dar.


2. Entwicklungsperspektiven für die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen

Preis und der teure Schweizerfranken. Eine weitere Erschwerung besteht darin, dass sowohl für Importe wie für Projekte ein kuwaitischer "sponsor" benötigt wird und dass eine scharfe japanische und südkoreanische Konkurrenz besteht. Positiv dagegen wirkt sich für die schweizerische Technologie aus, dass in Kuwait ein Fremdarbeiterproblem mit politischen Risiken besteht und daher vollautomatisierte Techniken gefragt sind.

Wir plädieren das Qualitäts- und Serviceargument, dem in diesen Ländern noch zu wenig Beachtung geschenkt wird. Unsere kuwaitischen Gesprächspartner zeigen zwar Verständnis und fordern die Schweizer Anbieter auf, jeweils die Vorzüge, die den hohen Preis aufwiegen, einlässlich darzulegen. Eine Hauptschwierigkeit besteht jedoch darin, dass nach kuwaitischer Gesetzgebung bei Regierungsaufträgen nur der billigste Anbieter Gelegenheit erhält, seine Offerte näher zu begründen und zu erläutern. Dadurch entfällt für die Schweizer Industrie die Möglichkeit, die qualitativen Vorzüge ihrer teureren Offerten vor den kuwaitischen Fachinstanzen darzulegen.

Neben dem besonders gut ausgebauten Telekommunikationssektor steht für die weitere Entwicklung Kuwaits die petrochemische Industrie im Vordergrund. Auch würde Kuwait gerne Offerten für Futtermittelsilos erhalten.

3. Schweizerische Teilnahme an Projekten des Kuwait-Fonds

Der Besuch der Mitglieder der Wirtschaftsdelegation beim Kuwait-Fonds ist als Zeichen eines positiven Interesses der Schweiz an der Tätigkeit dieser Finanzierungsinstitution begrüsst worden. Der Fonds, der von Kuwait mit 3,6 Milliarden Dollar dotiert worden ist, finanziert heute 106 Projekte in 56 Entwicklungsländern Asiens und Afrikas (ohne Beschränkung auf islamische Staaten). Das Kriterium lautet: "the poorer the better".

In diesem Zusammenhang hebt der Generaldirektor des Fonds jedoch die Tatsache hervor, dass die Schweiz sich im Gegensatz zu Kuwait an der sechsten IDA-Aufstockung nicht beteilige. Dies passe schlecht in das Bild eines Landes, welches behaupte, für Nord-Süd-Probleme aufgeschlossen zu sein. Es sei nur möglich, eine politische und wirtschaftliche Katastrophe abzuwenden, wenn sowohl die OECD wie die OPEC-Länder eine massive Uebertragung finanzieller Mittel an die erdölimportierenden Entwicklungsländer vorzunehmen bereit seien.

4. Nord-Süd-Dialog

II. Oman

Im Gegensatz zu Kuwait, wo politische und allgemeine Fragen im Vordergrund standen, lag bei unserem Besuch in Oman eindeutig das Hauptgewicht auf den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und der Exportförderung. Der Empfang war freundlich und grosszügig; die Fachminister und Mitglieder der omanischen Handelskammer, welche alle wichtigen Geschäftsleute umfasst, standen unserer Delegation, einschliesslich der Vertreter der Privatwirtschaft, bereitwillig zur Verfügung und bekundeten ihr Interesse am Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen. Dagegen waren entgegen der vorherigen Zusicherungen des omanischen Botschafters in Bonn weder der Sultan noch der Aussenminister (Qais Al-Zawawi) oder der Minister für Verteidigung und Sicherheit, der gleichzeitig Präsident des Gremiums für Auslandsinvestitionen ist (Sayyed Bin Taimur), zu sprechen. Dieser Umstand kann auf drei Gründe zurückzuführen sein:

- eine einseitig kommerzielle Gewichtung unseres Besuchs- zweckes durch den omanischen Botschafter;

- die akute politische Alarmsituation in Oman, welche zur Folge hatte, dass der Sultan seine engsten Berater auf wichtige Auslandsmissionen entsandt hatte, um militärische Unterstützung zu erhalten;

- das Misstrauen des englischen Berater- (und Geheimdienst-) Teams uns gegenüber, das den Sultan in seinen Beziehungen zum Ausland "abschirmt".

Das einzige politische Gespräch fand mit dem Staatssekretär im Aussenministerium, Youssef Alawi, statt. Im Gegensatz zu Kuwait unterstützt Oman die amerikanische Politik gegenüber Iran, glaubt aber nicht, dass Khomeini dadurch beein-
flusst werden kann. Wirtschaftssanktionen können jedoch die innere Opposition stärken, dessen Führer, Shariat-Madari, von meinem Gesprächspartner als fähiger politischer Kopf und künftiger Führer des revolutionären Regimes bezeichnet wird.

Oman erachtet es als erforderlich, dass die sowjetisch-kubanische Präsenz in Südjemen durch eine entsprechende amerikanische Anwesenheit im Persischen Golf ausgeglichen wird. Oman benötigt zur Gewährleistung der Offenhaltung der Strasse von Hormuz Minensuchboote und Kriegsmaterial, das es von Europa zu erhalten hofft. A. schliesst jedoch die Eingräumung einer Militärbasis an die USA im äussersten Falle nicht aus, während der englische Berater im "Kulturministerium" dies wegen der Auswirkungen auf die Beziehungen zur übrigen arabischen Welt, insbesondere Saudi Arabien, nicht wahrhaben will. Übrigens sind die ománischen Streitkräfte durch die Engländer schlagkräftig ausgebildet und ausgerüstet worden.

1. Besuchsprogramm

Höflichkeitsbesuche fanden beim Protokollchef (Farit Al-Hinai) sowie beim Minister des Hofes (Sayyed Hamad Hamood) statt. Wirtschaftsgespräche wurden mit dem Staatssekretär für Handel und Industrie (Ali Daood), dem Minister für Elektrizität und Wasserwirtschaft (Hamoud Al-Harthy), dem Minister für Erdöl und Mineralien (Al-Shanfary) und dem Minister für Landwirtschaft und Fischerei (A.H. Rajab) geführt. Parallel zu den Besprechungen der offiziellen Delegationsleitung erhielten die Mitglieder der Wirtschaftsdelegation Gelegenheit zu einlässlichen Aussprachen mit den Staatssekretären und Generaldirektoren der entsprechenden Fachministerien sowie mit einzelnen Mitgliedern der Handelskammer.
2. Aussichten für die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen

Auch in Oman ist der Goodwill gegenüber der Schweiz offenkundig; die meisten unserer Gesprächspartner kennen unserer Land aus eigener Anschauung.

Durch die Verteuerung des Erdöls konnte die angespannte Devisenlage Omans wieder verbessert werden. Die erst 1970 mit dem Staatsstreit des gegenwärtigen Sultans vollzogene Öffnung gegenüber dem Ausland, die im Verlauf eines Jahrzehnts ein eindrucksvolles Ergebnis gebracht hat, dürfte daher zur Inangriffnahme einer weiteren Entwicklungsphase führen.*) Im Vordergrund stehen dabei die Verbesserung des Wasserhaushalts, die Förderung der Landwirtschaft (Oman könnte zum Lieferanten für die ganze Wüstenregion der Golfstaaten werden), Energieerzeugung und Entsalzung des Meerwassers, zusätzlicher Ausbau der Verkehrswege und der Telekommunikationen. Dagegen soll aus Sicherheitsgründen der Fremdenverkehr weiterhin blockiert bleiben.

Oman ist an schweizerischen Investitionen in Form von "joint ventures" interessiert; aber auch Direktimporte können gesteigert werden. Hiefür bedarf es jedoch lokaler "sponsors".

Das bisher einzige Gemeinschaftsprojekt, die "Oman Sun-Farms", soll ein gutes Ergebnis gezeitigt haben. Wir haben versucht, die Einfuhr von schweizerischem Zuchtvieh zu ermutigen.

Hauptprobleme sind, wie in Kuwait, der hohe Preis und der Frankenkurs. Die Mitglieder der Wirtschaftsdelegation haben sich jedoch von ihren Kontakten ermutigt und befriedigt erklärt.

*) Siehe Beilage, die uns offiziell vom Handels- und Industrieministerium überreicht wurde und die Entwicklungs prioritäten aufzeigt.
Das Handelsvolumen mit Oman ist gegenwärtig noch äusserst bescheiden: rund 30 Millionen Franken Jahresausfuhr; praktisch keine schweizerischen Importe aus Oman.

Eine erste Erschwerung stellen die strengen Visumsvorschriften dar. Zudem muss sogar für die Vornahme einer Hotelreservation ein lokaler "sponsor" angegeben werden können. Dementsprechend gross ist die Belastung des einzigen schweizerischen Vertreters in Oman, unseres Honorarkonsularagenten Moser.


Schliesslich spielt auch in Oman der Preisfaktor eine ausschlaggebende Rolle. Oman sei nicht so reich wie Saudi Arabien und müsse sich an die billigsten Angebote halten; für besondere Qualität könne höchstens ein Aufschlag von 10 bis 15 % bezahlt werden. Diese Marge sei auf dem Maschinensektor ausreichend, während auf dem Bau- sektor (Zement, Stahl) die Schweizer Angebote zwei- bis
viertal höher lagen als diejenigen anderer europäischer sowie asiatischer Länder.


* * *


* * *

Zum Schluss sei den schweizerischen Vertretungen in Kuwait und Oman für die ausgezeichnete Vorbereitung und Betreuung der Delegation bestens gedankt.

Herr Gritti, Geschäftsträger in Kuwait, konnte dank seiner guten persönlichen Beziehungen innert kürzester Zeit ein reichhaltiges Besprechungsprogramm aufstellen. Auch hatte er keine Mühe, die bedeutendsten Geschäftsleute zu einem


Dieser Bericht geht an:

HH. Präsident Leutwiler, SNB, Zürich

Staatssekretär Weitnauer, EDA, Bern

Botschafter Maillard, Djedda
Geschäftsträger Gritti, Kuwait
Handelsrat Fries, Abu Dhabi

Botschafter Probst, Washington

Ja, Bt, D, vT.